

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Begründet 1826

Freitag den 29. April 1920

Bestellerteilung im
Oberamtsbezirk. —
Wagen sind daher aus
beim Erfolg.

98 mit dem Gewinne be-
rechnen, das Kapital
der Aktien in bestimmter
Lage aber es der ge-
wöhnlichen Stelle verhalten.
In diesen von dem Gewinne
behalten ist ein Gewinn auf
Berechnung der Aktien über
Berechnung d. Gewinne.
Es ist, unter der Bedingung
des Gewinns abzurechnen

Telegraphische Adressen:
Gefellschaffer Nagold.

Postfachkonto:
Stuttgart 5112.

Nr. 99

Donnerstag den 29. April 1920

94. Jahrgang

Die deutschen „Kriegspläne“ gegen Frankreich.

Berlin, 28. April. Von zuverlässiger Seite wird uns mitgeteilt, daß die sensationellen Nachrichten des „Temps“ auf einer böswilligen Ausdeutung gänzlich harmloser Funde beruhen. Als die Franzosen in Honau einrückten, war dort lediglich Sicherheitspolizei anwesend, aber keine Reichswehr. Diese „grüne“ Polizei war von der Genserie für die neutrale Zone ausdrücklich genehmigt worden. Deshalb blieb die Sicherheitspolizei, die eben nicht Militär, sondern lediglich Polizeitruppe ist, bei dem Ausrücken der Truppen ruhig in Honau, obwohl sie mit Rechtigkeit vor dem franz. Einmarsch mit allem Gerät und allen Arten hätte abmarschieren können. Die Franzosen behandelten die Polizeimannschaften aber dennoch als Militär und internierten sie in Friedheim. Waffen und Munition konnten die Franzosen nur in dem Maße finden, wie sie eine ordnungsmäßig geführte Polizeitruppe stets besitzt. Von beträchtlichen Mengen kann keine Rede sein. Die Lagerung von 200 000 Schießpulver in Honau lassen allein schon unsere traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu. Daß Ritten mit Bezeichnungen von Truppenkörpern gefunden wurden, erklärt sich wohl aus der Verwendung alter Ritten mit entsprechenden militärischen Aufschriften, die noch aus der Kriegszeit stammen. Ganz phantastisch ist der Bericht über die Geheimhalten der gegen Frankreich gerichteten Kriegspläne. In den Städten Frankfurt, Homburg und Hanau lagen außer 1—2 Bataillonen Reichswehr das Detachement Reauvoille und etwa 50 Reiter eines Reichswehrravallierregiments, insgesamt etwa 1100 Mann Sicherheitspolizei. Und daß sich Frankreich durch diese „Armer“ bedroht gefühlt hat, ist doch wohl kaum anzunehmen. Was die angeblichen Operationspläne anbetrifft, so handelt es sich — wenn überhaupt etwas derartiges gefunden worden ist — jedenfalls um eine Ma- und veranlagte aus der Zeit vor dem Krieg, die in dem Roffer eines ehemaligen Offiziers gelegen haben kann.

Gleichberechtigung der deutschen Vertreter in Spa.

Amsterdam, 27. April. Nach einer Meldung des „Telegraaf“ aus San Remo erklärte Lloyd George gestern Abend bei einem Empfang italienischer Journalisten, die Alliierten würden bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Spa die deutschen Vertreter als Gleichberechtigte behandeln. — Ein italienischer Diplomat bezeichnete die Konferenz als einen großen Sieg der neuen Politik Mittels.

Wiederaufnahme des Bahnverkehrs mit Polen.

Berlin, 28. April. Wie die „Völkische Zeitung“ hört, ist der Veroneserverkehr mit Polen und durch den polnischen Korridor wieder aufgenommen worden. Der Güterzugverkehr steht noch, hat aber nur deshalb noch nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen werden können, weil die Gleise noch verlegt sind.

Der japanische Vormarsch in Sibirien.

Amsterdam, 27. April. Wie der Berliner Korrespondent der „Times“ meldet, verfolgt man im fernsten Osten das Vorgehen der Japaner in Sibirien mit Aufmerksamkeit und schließt aus verschiedenen Anzeichen, daß eine Aenderung der japanischen Politik in Sibirien und der nördlichen Mandchurie eingetreten ist. Die Japaner haben gleichzeitig bei Vladivostok, Nikolaj und Chabarowsk die Russen angegriffen und geschlagen und befinden sich in dem Besitz der drei genannten Städte, sowie verschiedener Eisenbahnstationen. Weiter westlich, wo die Japaner bereits mit der Räumungsbewegung begonnen hatten, sind sie wieder vorgegangen und haben im Verein mit den Resten der Truppen Koltschak und Semenovs der Roten Armee eine Anzahl feindlicher Geschütze geliefert, wobei die japanischen Verluste sich auf über 3000 Mann belaufen.

Das politische Amerika von heute.

Von beiderer Seite gehen dem „Berliner Politischen Tagesdienst“ folgende fesselnde Ausführungen zu:

Die hohe Politik der Vereinigten Staaten wird in Washington gemacht, und alle Pläne für die in diesem Jahre stattfindende Präsidentschaftswahl haben dort Ursprung. Mehr als je zuvor ist die Lage in Washington verwickelt und um den Weg aus dem Labyrinth, das durch den Völkerverbund, den Friedensvertrag und die feineswegs stabile, ja sogar bedrohliche Wirtschaftslage geschaffen ist, zu finden, wird es eines stärkeren und gefählicheren Mannes bedürfen, als es Wilson ist. Amerika hat erkannt, daß Wilson wohl ein äußerst geschickter Politiker, aber weder ein zielstrebiger Führer noch ein großer Staatsmann war und ihm, dem wie nie zuvor eine Partei blinde Gefolgschaft leistete, wird die Schuld an dem drohenden Niedergang der demokratischen Partei zugeschrieben. Die demokratische Partei hat mit Wilsons Fiasco ihre Rolle ausgespielt. Die nächste Administration in Washington wird republikanisch sein.

Zwei Faktoren sind es, die sich heute aus dem politischen Wirrwarr hervorheben: bei beiden großen Parteien Abwesenheit jeglichen Interesses an europäischen Angelegenheiten und

Teilnahmslosigkeit an dem Geschehe Europas, dahingegen Furcht vor einem bankrotten und ungezügelt Europa. Volkstümlich gesprochen, ist Amerika mit den Alliierten fertig; der Traum der Weltverbrüderung ist ausgeträumt. Amerika hat heute mit sich selbst zu tun und hat nicht mehr die Absicht, sich mit den Problemen der befreundeten, die in rein europäischen Interessen liegen. Was heute noch Amerika an Europa bindet, ist die Sorge, wie die Schuldner in Europa, also die Alliierten, ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen werden und die Hoffnung, doch noch fruchtige wirtschaftlicher Ausdehnung aus dem Fiasco Wilsonscher Ideen zu reiten.

England hat schon längst den Mittelpunkt der Schaubühne verlassen müssen und nach der gegenwärtigen Stimmung zu schließen, hat England die Sympathie Amerikas verloren. Man hat den Verdruss John Bull's — leider zu spät — erkannt.

Demgegenüber machen sich einige schwache Stimmen laut, daß Amerika noch Verpflichtungen Europa gegenüber hat, daß die begonnene Arbeit vollendet werden muß. Solche Stimmen sind aber nur das Echo seiner Stimmung, die vor einem Jahre allgemein war. Diese Illusionen kommen ohne Ausnahme von Englandsfreunden, aber sie finden kaum einen Widerhall.

Deutschland kann aus dem Zusammenbruch der englischen Politik in Amerika Gewinn ziehen, wenn dieses die Gewähr besitzt, daß es mit einem Deutschland zu tun hat, das die Quellen seiner Kraft nicht selbst verächtet, sondern mit allen Mitteln dahin zielt, eine gesunde und lebensfähige Produktion zu schaffen. Deutschland hätte sich auf der Höhe seiner Macht den Ruf zugezogen, den Schulmeister der

An die Leser der württemb. Zeitungen!

Die Veranschaulichung der gesamten Herstellungskosten der Zeitungen schließt derart stark und überraschend an, namentlich die Papierpreise haben eine alle Vorausberechnungen soweit hinter sich lassende Erhöhung erfahren, daß der Weiterbestand der Zeitungen unmöglich wäre, wenn diese nicht ohne Verzug einen gewissen Ausgleich durch erneute Veränderungen der Bezugs- und Anzeigepreise suchen würden. Neuestens bedauerlich an der Preisbewegung des Druckpapiers ist, daß die Zeitungsverleger sehr, wie schon oft zuvor, die leider nur auf die Dauer weniger Wochen festgelegten Preise erst nachträglich erfahren, wenn das Papier längst verdrückt und an die Bezahler abgegeben ist.

Die Zeitungsbezugspreise sind in Württemberg die niedrigsten von ganz Deutschland. Die ab 1. April infolge Unkenntnis der Gestaltung der Lenkungsverhältnisse zu knapp bemessenen Aufschläge müssen mit Wirkung vom 1. Mai ab entsprechend geteilt werden.

Der Vorstand des Vereins Württ. Zeitungsverleger.

Wie bei den übrigen Zeitungen, so muß auch beim „Gefellschaffer“ vom 1. Mai ab eine Erhöhung des Bezugspreises erfolgen, der auf den Monat berechnet M. 1.25 betragen soll.

Welt spielen zu wollen. Ist es nicht Torheit, zu glauben, es könne heute noch dem militärischen Zusammenbruch einseitig gegenüber tretenden Nationen sein mit allen Fasern an das Ausland gebundenes Wirtschaftsleben in extreme sozialistische Bahnen leiten und damit die Idee des Zukunftsstaates verwirklichen, der nur in einem geschlossenen Handelsstaat denkbar wäre?

Das Wirtschaftsleben der verschiedenen Länder der Welt ist so ineinander verschlungen, daß der Selbstbehaltungsdrang der währenden Nationen sich nicht nur gegen die Zollhaushalten einer brutalen Diktatur Russlands, sondern auch gegen die auf dem Boden einer Verfassung entwickelten Mahndeuten Deutschlands sperren muß.

Das kaufmännisch praktisch denkende Amerika lehnt es ab, Vertrauen, d. h. Kredit, einem Lande zu geben, dessen Regierung durch Demagogie und Ullentanten sozialistische finanzielle Experimente betreibt, anstatt durch die Initiative sach- und sachverständiger Männer aus der Finanz- und der Industrie sein zerrüttetes Wirtschaftsleben aufzurichten.

Bringen die nächsten Reichstagswahlen eine Konstellation in der deutschen Regierung, der hiesige führende Kreise Vertrauen entgegenbringen können, so glaube ich nicht zu weit zu gehen, wenn ich behaupte, daß Amerikas Sympathie für Deutschland erwachen werden, da alle Zeichen auf die Möglichkeit intimer Beziehungen schließen lassen.

Die Behandlung des deutschen Eigentums, die Rohstofffrage und Kredite stehen damit in engstem Zusammenhang. Vertrauen ist der Schlüssel zu allen diesen Fragen. Deutschland wird hier einen riesigen Markt für seine Erzeugnisse finden und sobald der Frieden endgültig geregelt ist und Deutschland in Mengen liefern kann, wird unter den vorerwähnten Voraussetzungen der gegenseitige Handel einen ungeheuren Aufschwung nehmen.

Das neue Postgebührengesetz.

Berlin, 28. April. In der gestrigen Reichstagsitzung wurde von den Vertretern Preußens, Bayerns und Sachsens Einspruch erhoben gegen einen Beschluß der Nationalversammlung zu dem neuen Postgebührengesetz in Sachen der sogenannten „portopflichtigen Dienstleistungen“. Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß künftig auch diese Sendungen, für die das Porto bisher beim Empfänger erhoben wurde, vom Absender freigemacht werden müssen. Im Reichstag hat sich eine Mehrheit von 38 Stimmen, also mehr als die Hälfte aller Stimmen, für den Einspruch gegen diesen Beschluß der Nationalversammlung zusammengesunden. Das Postministerium muß also die Nationalversammlung zu einem nochmaligen Beschluß veranlassen. Nach der Abstimmung im Reichstag betonte Ministerialdirektor Ronge vom Postministerium, daß nunmehr die Vorlage nicht am 1. Mai in Kraft treten könne. Jeder Tag der Verzögerung bringe für die Reichskasse einen Verlust von 4 Millionen. Der preussische Ministerialdirektor Nobis schob die Schuld für diesen Verlust auf die Nationalversammlung, die ohne die Länder zu fragen und zu hören, über deren Interessen einfach hinweggegangen sei. Nachdem der Reichstag seine übrige Tagesordnung erledigt hatte, kam der inzwischen erkrankte Reichspostminister Wiesbert auf den Beschluß des Reichstags zurück, dessen Konsequenzen außerordentlich schwer seien. Nach einer größeren Debatte, an der sich der bayerische Gesandte v. Beege, der preussische Ministerialdirektor Nobis, der braunschweigische Gesandte Boden u. der württembergische Gesandte Hildbrand, sowie der Vertreter Bremens beteiligten, und in der Minister Wiesbert betonte, daß er nach den Erfahrungen am Sonnabend überzeugt sei, seine Zweidrittelmehrheit zu erhalten, erklärte Minister Giesbert schließlich, daß er nunmehr den verfassungsmäßigen Weg gehen und die Sache nochmals in die Nationalversammlung bringen werde.

Die Not des gewerblichen Mittelstandes.

F.H. Rein stand wird im Neuen Deutschland so vernachlässigt, wie der Mittelstand. In der Nationalversammlung ist für den Gewerbestand so wenig getan worden, daß man betraue von einer mittelstandsfeindlichen Politik sprechen kann. Das hat seine Ursache darin, daß die Sozialdemokratie die vorherrschende Partei ist, der die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien nur zu leicht nachgegeben haben. Die Sozialdemokratie ist von jeher die Todfeindin des Mittelstandes gewesen. In einer 1919 erschienenen Schrift des Vorstehenden des Sozialdemokratischen Dachverbandes heißt es bezüglich des Niederganges des Mittelstandes: „Freilich kann die Sozialdemokratie den kleinen Gewerbetreibenden nicht vor dem Schicksal bewahren, das ihn seit einem halben Jahrhundert verfolgt“. Demnach nach sozialdemokratischer Ansicht ist „mit der Proletarisierung des Mittelstandes wie mit einem natürlichen Ereignis“ zu rechnen. Dem gewerblichen Mittelstand droht daher die schlimmste Gefahr. Wehrt Euch dagegen, ihr Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende aller Art. Der Mittelstand ist kein morscher Ast am Baum unserer Volkswirtschaft. In Städten und Dörfern findet man Zeugen seiner schöpferischen Kraft in Handel, Gewerbe und Kunstgewerbe, und stets war der bürgerliche Mittelstand in vorderster Linie, wenn es galt mit Not und Tat dem Gemeinwesen zu dienen. Das muß wieder wahr werden, trotz der verschwommenen Sozialisierungs- und Kommunisierungspläne. Leider haben die bürgerlichen Regierungsparteien alle noch so unreifen Sozialisierungspläne mit unterhütet. Sie haben dem Betriebsratgesetz zugestimmt, sie sind für den 1. Mai als Feiertag eingetretet. Sie haben die Lösung zum Generalstreik ausgegeben, sie haben von den Arbeitgebern die Bezahlung der Generallöhne verlangt. Was haben diese Parteien gegen die Verdrückung und Beschimpfung der Reichswehr, der Zeitfreiwilligen und der Einwohnerwehren, in denen der bürgerliche Mittelstand vor allem vertreten war, getan?

Wenn der Mittelstand sich wehren will, dann muß er sich in den politischen Parteien betätigen. Er muß sich aber die Partei daraufhin ansehen, ob sie berufene Vertreterinnen des gesamten Mittelstandes sind. Im Interesse von Handwerk, Kleinhandel und Gewerbe muß gefordert werden: Erhaltung der selbstständigen Kleinbetriebe durch Schaffung von Krediten, durch paritätische Aufteilung von Rohstoffen, durch Verteilung staatlicher Aufträge, durch Vergütung öffentlicher Arbeiten nach dem Grundsatz angemessener Preise, durch Schutz gegen staatliche und kommunale Konkurrenz, sowie gegen großkapitalistische Erdrückung. Die berufständlichen Verbände sind bei der Lösung aller den gewerblichen Mittelstand betreffenden Fragen herauszuheben und in den Reichswirtschaftsrat einzuführen. Die beruflichen und wirtschaftliche Ausbildung der Handwerker und Gewerbetreibenden ist zu fördern. An der Werkstatte ist festzuhalten. Der Lehr- und Stundenplan der Fachschulen ist unter Mitwirkung der Berufsverbände aufzustellen. Dadurch daß sie für diese Forderungen in der Nationalversammlung und in den einzelnen Landesparlamenten eingetreten ist, hat die Deutsche Volkspartei versucht, den Mittelstand nach Kräften zu schützen.

old.
beginn.
haben sich
Schullokale I
om Eingang)
ubringen). —
daß auch die
rt nach ihrer
zur Anmel-
16 des Ge-
die Handels-
haben sich
sämtliche
anzumelden.
n kaufmänni-
stellen unter
el 2 des Ge-
2. Juli 1906).
3. Mai.
1942
Vobamer.
ung.
ein größerer
bedarf haben.
ter Gabel.
erband.
Ihr
ung
ermaltung.
minen
swahl
1958
agold.
old.
stoff
billigeren
eder „einge-
1946
Schmid.
e Tafeln
en in
s Buchhdlg.
old. 1956
old.
n n-
mpel
rt
hlossermstr.
ren Friedens-
sämtliche
ad Lacke
ßenanstriche
Terpentinöl
wachs
u. Polituren
-Lack
Wachs
Gel usw.
Tagespreisen.
er, Nagold.
beschlagenes
holz
en.
die Gelbfärb-
1941



Deutsche Nationalversammlung

Berlin, 28. April.

Voll. Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 11.25 Uhr. Der Präsident teilt mit, daß der Reichspostminister ihm angelegt habe, daß der Reichsrat gegen das Gesetz über die Postgebühren Einspruch erhoben habe und es der Nationalversammlung zur nachmaligen Beschlußfassung überweise. Das Gesetz geht an den Haushaltsausschuß.

Der Ausschuß für die Geschäftsordnung beantragt die Genehmigung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Dr. Marzetti (DBP) zu erteilen. Der Antrag wird, nachdem der Abg. Graf zu Dohna (DBP) dafür gesprochen hat, angenommen.

Der Ausschuß beantragt betr. der Verhaftung des Abg. Colthorn (Hospitalit. b. Zentrum) und der versuchten Verhaftung des Abg. Schiele (DR.), beiden Abgeordneten das Beharren des Hauses auszusprechen und den Reichstanzler um Bestrafung der Schuldigen zu ersuchen.

Reichsminister Koch bedauert lebhaft die Vorkommnisse. Es war bisher nicht möglich, von der preussischen Regierung genügend Aufklärung zu erhalten. Die Verantwortung scheint in beiden Fällen dem Polizeipräsidenten zuzufallen. Ich bin bereit, eine Verhaftung herbeizuführen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der gleiche Ausschuß beantragt, eine Genehmigung zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen den Abg. Graf (US) wegen Landesverrats nicht zu erteilen.

Brodauf (D.) beantragt, die Genehmigung zu erteilen, da man bei politischen Delikten nicht schematisch verfahren könne. Doch schließt die Genehmigung zur gerichtlichen Untersuchung noch nicht die Genehmigung zur Verhaftung in sich, wie dies der Ausschuß ausdrücklich festgelegt habe.

Dr. Graf zu Dohna (DBP) bittet, die Genehmigung zu erteilen, damit festgestellt werde, ob das Delikt zutrifft oder nicht.

Sichhorn (USP) ist für Zurückweisung. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Pfeiffer (Z.), Warmuth (DR.), Burlage (Z.), Witschin (D.), Brodauf (D.), Sichhorn (US), Schulz Bromberg (DR.) wird der Antrag Brodauf angenommen, wonach die Genehmigung zur gerichtlichen Untersuchung noch nicht die Genehmigung zur Verhaftung bedeutet.

Bei der Abstimmung über den Antrag des Ausschusses muß, da das Büro sich nicht einigen kann, auf welcher Seite die Mehrheit ist, abgesehen werden. Es stellt sich die Beschlussfähigkeit des Hauses heraus.

Nächste Sitzung um 7.4 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr: 2. Beratung des Entwurfes eines Besoldungsgesetzes. Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der Kabinettsausschuß sich dahin geeinigt habe, bei diesem Gesetz von einer Debatte abzusehen.

Frau Zieg (U.) widerspricht dem. Aliekotte (Z) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Die überflüssigen Beamten der Post- und Eisenbahnverwaltung müssen in andere Stellen, z. B. in die Landwirtschaft, abgegeben werden.

Frau Zieg (US) beantwortet Anträge ihrer Partei. Danach sollen u. a. die Feuerungszulagen voll zugeteilt werden. Die Arbeitszeit aller Beamten soll 48 Stunden in der Woche betragen. Den verheirateten weiblichen Beamten müssen, wenn der Ehemann nicht auch Beamter ist, die Kinder- und Feuerungszuschläge voll bezahlt werden. Wir protestieren gegen die Einreihung der Wehrmacht unter die Beamten.

Regierungsseitig wird erklärt, daß die Anträge der USP schon im Ausschuß gründlich durchberaten wurden und dadurch auch im Plenum abgelehnt werden sollten. Die Regierung wird für die Altpensionäre tun, was möglich ist.

Frau Dr. Lüders (Dem.) erklärt namens der Frauen der Nationalversammlung, daß sie sich mit dem Gesetz nur in der Voraussicht einverstanden erklären, daß bei der Einteilung der Gruppen die Interessen der weiblichen Beamten mehr gewahrt werden würden.

Unter Annahme einiger Abänderungsanträge der Mehrheitsparteien und Ablehnung der Anträge Zieg wird eine Reihe von Paragraphen angenommen.

Das Diktariat wird in der Vorlage begrenzt, aber erst von 1925 ab.

Steinkopf (S.) beantragt, die Diktare mit den vollen Feuerungszuschlägen zu bedenken.

Die Abg. Hoch (Soz.), Degler (DR.), Frau Zieg (US), Feuermann (DBP), Aliekotte (Z) stimmen dem zu.

Der Antrag wird genommen. Ebenso der Rest des Gesetzes und die Entschließung des Ausschusses.

Es folgt die 3. Lesung der Vorlage.

Zu § 9 wird ein Antrag Delius (Dem.) eingebracht, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, wonach das Besoldungsdienstalter der Soldaten, die unter Verbleiben in derselben Besoldungsgruppe beibehalten werden, um 2 Jahre vorgezogen wird.

General Reinhardt bittet um Annahme dieses Antrags.

Abg. Schulz Bromberg (DR.) widerspricht dem, da bei der Kürze der Zeit eine Stellungnahme unmöglich ist.

Abg. Steinkopf (Soz.) stimmt dem Antrag zu. Der Antrag wird angenommen ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Betriebsrätegesetzes und betr. den Erlaß neuer Arbeitsordnungen.

Der Gesetzentwurf wird in allen 3 Lesungen erledigt. Sodann tritt das Haus ein in die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung in Verbindung mit der 2. Beratung des Gesetzentwurfs betr. Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Reichsarbeitsminister Schilde: Die vorliegenden Gesetze entspringen der Pflicht der Dankbarkeit des Vaterlandes, gegenüber den Opfern des Krieges und ihrer Hinterbliebenen. Neu sind in dem Entwurf besonders der Anspruch auf Selbstbehandlung und auf Berufsausbildung. Die Rente ist der Kern des Gesetzes. Eine mögliche Vereinfachung des Rentenverfahrens ist erstrebt.

Reger-Sachsen (Soz.): Wir begrüßen das Gesetz. Gut ist, daß die Rangunterschiede bei der Versorgungsbemessung entfallen.

Dr. Vuppe (Dem.): Die Anträge der Rechten und der Linken, die die finanzielle Seite des Gesetzes betreffen, sind mit der Finanzlage des Reichs unverträglich. Die Grundrenten dürfen nur auf normale Zustände berechnet werden. Erhebliche Steuerzulagen können von der Volkserrettung jeweils bewilligt werden.

Bruhn (DR.) befürwortet Anträge auf Erhöhung der Grundrente und der Schwerbeschädigtenzulage, gestaffelt nach der Minderung der Erwerbshfähigkeit, ferner auf Erhöhung der Versorgungsgebühren.

Andre (Z.) wünscht das Gesetz noch weiter ausgedehnt. Die Bescheide an die Beschädigten müßten beschleunigt erfolgen. Lauckert (Unabh.) begründet Anträge seiner Partei, die eine noch weitergehende Erhöhung der Leistungen fordern als die Anträge Bruhn.

Schwarzer (Bayer. Volksp.) stimmt den Kommissionsbeschlüssen zu.

Reichsarbeitsminister Schilde: Die Anträge Bruhn u. Lauckert gehen zu weit. Für die Opfer von Freieierangriffen wird im Reichsamt des Innern eine Vorlage ausgearbeitet. Die noch vorhandenen Lagerräte sollen schnellstens abgebaut werden, ohne daß darunter die Selbstbehandlung der Insassen leiden wird.

Unter Ablehnung der erwähnten Anträge und unter Annahme eines Antrages Andre (Zentr.), der die Sterbegelder erhöht, werden die Gesetze in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ebenso wird angenommen, die Entschließung betreffend die Kriegsinvaliden aus früheren Kriegen. Die beiden Gesetze werden darauf in dritter Lesung erledigt und einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung morgen normittag 10 Uhr: Reichsheimstättengesetz, Zumeistgebühren, Postgebühren u. a. Schluß gegen 1/9 Uhr.

Das Programm von Spaa.

Paris, 28. April. Lloyd George erklärte einem Berichterstatter der „Daily Graphic“ in San Remo, in Spaa würden finanzielle, wirtschaftliche und militärische Klauseln erörtert werden. Die Alliierten seien entschlossen, darauf zu beharren, daß Deutschland den ehrliehen Versuch mache, in nicht zweideutiger Weise die Vertragsklauseln auszuführen, aber man werde verständig sein. Er hoffe, daß die Verhandlungen in Spaa ebenso fruchtbar an guten Ergebnissen werden würden, wie die von San Remo.

Brüssel, 29. April. (Paris-Neuer.) Mit Bezug auf die Konferenz in Spaa erfahren wir, daß der Oberste Rat beabsichtigt, die von Deutschland zu zahlende Entschädigung festzusetzen. Deutschland werde jährlich eine bestimmte Summe zu zahlen haben, die sich nach Maßgabe der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des deutschen Reiches erhöhe. Nach Abschluß des Uebereinkommens mit Deutschland werden die Alliierten unterhandeln und die auf jeden von ihnen entfallende Summe festsetzen. Die Belgien zugesagte bevorrechtete Zahlung von 2 1/2 Milliarden bleibt bestehen.

Württembergische Politik.

Die Wahlen zum württembergischen Landtag.

Stuttgart, 27. April. Das württ. Staatsministerium hat sich dahin geeinigt, die Wahlen zu dem württ. Landtag zusammen mit den Wahlen zum Reichstag am 6. Juni abzuhalten. Bei der Wahl wird nur eine Urne verwendet werden. Es wird jedoch Vorzorge getroffen, daß durch die Verschiedenheit der Farben der Wahlurnen und besondere Kennzeichen der Wahlzettel Verwechslungen vermieden werden.

Das neue Amtsblattgesetz.

Stuttgart, 27. April. Der Gesetzentwurf über die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen ist, wie wir hören, vom Staatsministerium noch nicht verabschiedet, da der Städtetag noch vorher gehört werden soll. Der Gesetzentwurf bestimmt im wesentlichen: Die Amtskörperschaften und großen Städte sind verpflichtet, die amtlichen Bekanntmachungen der Reichs-, Landes- und Körperschaftsbehörden auf ihre Kosten zu veröffentlichen. Amtliche Bekanntmachungen sind alle Gesetze, Verordnungen und allgemeinen Verfügungen. Wird die Bekanntmachung von einer Landesbehörde beauftragt, so ist die Hälfte der Kosten der Veröffentlichung von ihr zu erstatten. Andere Behörden haben die ganzen Kosten zu erstatten. Bei Bekanntmachungen der Behörden aus privaten Anlässen tragen die Beteiligten die Kosten der Veröffentlichung. Die amtlichen Bekanntmachungen müssen auf Verlangen jeder im Bezirk hergestellten mindestens dreimal wöchentlich erscheinenden Tageszeitung, sofern sie eine Auflage von 1000 Stück hat, zur Veröffentlichung gegen Zeilenpreisentschädigung unter Robotergewährung übergeben werden. Jede Amtskörperschaft oder große Stadt kann ein selbständiges Amtsblatt herausgeben. Der Verleger jedes Bezirksblattes hat in diesem Fall das Recht, die Besoldung dieses Amtsblattes zu gleichem Stückpreis zu verlangen. In diesem Fall erlischt das Recht zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen in der Tagespresse. Aber auch auf die mittleren Städte und kleineren Gemeinden findet dieser Amtsblattparagraf sinngemäße Anwendung, doch ist zur Herausgabe eines selbständigen Amtsblattes in diesem Fall die Genehmigung des Ministeriums des Innern notwendig. Dieses kann auch nach Maßgabe der verfügbaren Mittel die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen in geeigneter Weise erleichtern. Tageszeitungen, die die amtlichen Bekanntmachungen regelmäßig veröffentlichen, können als Unterbezugsstellen den Zulassenden Anzeiger für amtliche Bekanntmachungen des Oberamtsbezirks. Die Bezeichnung Amtsblatt steht nur den durch eine Amtskörperschaft oder eine Gemeinde herausgegebenen Blättern zu. Das Gesetz gilt als dringlich.

Eine Betriebsräte Schule.

Stuttgart, 27. April. Der Vorstand der Vereinigten Gewerkschaften in Stuttgart bereitet zurzeit die Errichtung einer Betriebsräte Schule für die Betriebsräte des Stuttgarter Industriegebietes vor. Ihre Wirkung an der Betriebsräte Schule haben zugefamt: Der Verein für Volkshilf und die Gewerbe- und Handelsschule Stuttgart. Es besteht der Plan, durch erfahrene Lehrkräfte über alle Fragen, die das Betriebsrätegesetz den Betriebsräten zur Mitarbeit überweist, zu unterrichten. Besonders sollen Volks- und Handelswirtschaft, Buchführung, Kalkulation, Aufstellung von Gewinn- und Verlustrechnungen, Aufstellung von Bilanzen und des durch das Betriebsrätegesetz den Betriebsräten gegebenen Rechts dargestellt werden. Der Unterricht soll zunächst an zwei Nachmittagen jeder Woche gegeben werden. Etwa die Betriebsräte Schule nach Feierabend abzuhalten, ist angeht der zu bearbeitenden Stoffmengen unmöglich. Es sind 48 Unterrichtsstunden vorläufig für den einzelnen Kursus in Aussicht genommen. Im Anschluß an die Darlegungen der Lehrer sollen jeweils Aussprachen zwischen Lehrern und Hörern gepflegt werden, um die Erfahrungen aus den Betriebsräte Schungen praktisch zu vermerken. Die Unkosten müssen, soweit Arbeitszeitverluste und dadurch Lohnausfälle entstehen, jeweils von den einzelnen Gewerkschaftsverbänden für die ihnen angehörenden Betriebsratsmitglieder aufgebracht werden. Ob das Reich oder Land in irgend einer Form Mittel für diesen hochwichtigen Zweck zur Verfügung stellt, ist noch nicht endgültig entschieden. Das württ. Arbeitsministerium hat bei den Stuttgarter Unternehmern auf die Frage ob sie sich an dieser Betriebsräte Schule in irgend einer Weise beteiligen wollen, eine ablehnende Antwort erhalten. Da nicht alle Betriebsratsmitglieder zusammen die Betriebsräte Schule besuchen können, so werden mehrere Kurse hintereinander durchgeführt werden müssen.

Verband von Brennholz.

Stuttgart, 27. April. Beim Verband von Brennholz haben sich erhebliche Unzuträglichkeiten ergeben. Mit der Erlaubnis zum Verkauf von Brennholz, die durch Abstemplung der Frachtdriefe erteilt wurde, ist vielfach Mißbrauch getrieben worden. Zum Teil sind Fälschungen festgestellt worden, die dazu genötigt haben, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten. Die Verbringung mit Brennholz wurde durch diese strafbare Handlungen ernstlich gefährdet. Aus diesem Grund hat sich der beim Landesbrennstoffamt bestehende Arbeitsausschuß für Brennholz zu dem Beschluß genötigt gesehen, die noch im Umlauf befindlichen abgestempelten Frachtdriefe mit Wirkung vom Montag, den 3. Mai, ab für ungültig zu erklären. Soweit Frachtdriefe in Betracht kommen, die zum Verkauf von Brennholz an Händler oder an Private berechtigen. Das Arbeitsministerium hat sich mit diesem Beschluß einverstanden erklärt. Nur ungern ist zu dieser Maßnahme gezwungen worden. Es war aber notwendig, dem Unfug, der in weitem Umfang geworden war, zu steuern. Das konnte nur durch eine Verfügung in der gedachten Richtung geschehen. Wenn dadurch der Verkauf von Brennholz eine gewisse Erschwerung erfährt, so ist das lediglich durch die angeführten Unregelmäßigkeiten verschuldet. — Vom 1. Mai ab werden die Frachtdriefe statt mit dem Stempel mit einem Beförderungsschein, der auf die Frachtdriefe angeklebt wird, versehen werden.

In den Ruhestand.

Stuttgart, 27. April. Ministerialrat Cammerdingert, vortragender Rat im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Reichsratsabteilung, ist auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden.

Feuerungszulagen für Körperchaftsbeamte.

Stuttgart, 28. April. Zu dem Gesetz betr. die Gewährung von Feuerungszulagen an Körperchaftsbeamte hat das Ministerium des Innern nun die Vollzugsverordnung herausgegeben. Die Zulage für vollbeschäftigte verheiratete Beamte beträgt in Stuttgart jährlich 5700—6300 M., in den sog. teuren Orten und Gemeinden mit mehr als 4000 Einw. 4800—5700 M., in den übrigen Gemeinden 4000—4800 M. Unverheiratete männliche Beamte erhalten 30% dieser Sätze, bei unständigen Beamten bis zum vollendeten 21. Lebensjahr kommen 500—1500 M. in Abzug. Die Rinderzulage beträgt entsprechend den drei Ortsgruppen 600, 500 u. 400 M. Bei nicht voll beschäftigten Beamten kann die Feuerungszulage gekürzt werden, ebenso bei Selbstverlegern. Ein Schiedsgericht soll die Bemessung innerhalb des Rahmens bei Beanstandung der Zulage endgültig festlegen.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 29. April 1920.

* Uebertragen wurde eine Postgehilfsstelle der Postamtsleiterin Berna Wolf in Magold.

* Eisenbahnassistentenprüfung. Bei der im März und April ds. Js. abgehaltenen Eisenbahnassistentenprüfung sind u. a. nachstehende Kandidaten für belöhigt erklärt worden: Eisele, Eugen von Untertalheim, Kempf, Christian von Wülfberg, S. S. Fried, Max von Nordstetten, Truffner, Adolf von Beringen.

* Ergebnis der Ersatzwahl zur Landeskirchenversammlung. Im hiesigen Bezirk wurden im Ganzen 2879 Stimmen abgegeben, u. zwar entfielen davon 425 auf Magold, 202 auf Altensteig, 101 auf Wülfberg und 112 auf Hainbach. Die überwiegende Mehrheit der Stimmen fiel auf Stefan Groß, Hall.

* Kammermusikabend. Am Sonntag den 2. Mai nachm.

4 Uhr werden wir hier zum erstenmal das Kammerquartett hören. Diese Vereinigung ist neuerdings in der Öffentlichkeit getreten, um gerade in den kleineren Orten Süddeutschlands das Verständnis für diese Musikgattung zu fördern. — Wir bemerken noch, daß der erste Geiger des Quartetts, Franz Kaim (ein Neffe des Gründers des Kaim-Orchesters), im Schwabenland als Sologeiger schon bekannt ist. Seine Quartettgenossen sind: Wolfgang Fleischer (2. Viol.), Rudolf Jetter (Viola) und Hermann Wagner (Cello). Die Werke, welche zu Gehör gebracht werden, sind: 1. Quartett in G-Dur von Mozart, 2. Bar. über „Der Tod und das Mädchen“ von Schubert, 3. Menuett von Aug. Gailst. 4. Quart. in G-moll von Beethoven. Erläuterungen über die zur Ausführung kommenden Stücke finden sich auf dem Programm.



Bahnfahrkartenpreis. Der Preis einer Bahnfahrkarte beträgt nunmehr 50 Pfennig.
Doch billigeres Schuhwerk? Im Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium wurde am 23. April beschlossen, die unbeschränkte Einfuhr von Schuhbedarf aus dem Ausland nach Deutschland auf Antrag so lange zu gestatten, bis die Inlandspresse für Schuhbedarfsfabrikanten sich den niedrigeren Auslandspreisen angeglichen haben. Weiterhin beschloß der Wirtschaftsrat, daß die Einfuhr von ledernem Gebrauchsschuhwerk aus Deutschland nach dem Ausland in keinem Fall gestattet werden dürfe.

Der Kampf um den Einmachzucker.
Wie aus Berlin gemeldet wird, ist von den Abgeordneten André, Volk und Gising in der Nationalversammlung folgende Anfrage eingebracht worden:
In Württemberg besteht starke Mißstimmung darüber, daß der Bevölkerung im letzten Jahr der erforderliche Einmachzucker zugunsten der Marmeladenfabriken vorenthalten worden ist. Es war von jeher üblich, daß die württembergische Bevölkerung ihr Geld (Marmelade) selbst hergestellt hat. Jetzt wird der Bevölkerung zugunsten der Marmelade zu unerhöhten Preisen zu kaufen. Die ganze Regelung bedeutet eine schwere Schädigung der württembergischen Bevölkerung und einen unverständlichen Eingriff in alte bewährte Lebenserfahrungen.
Ist deshalb die Reichsregierung bereit, gegen entsprechenden Verzicht Württembergs auf Marmelade in diesem Jahr der württembergischen Bevölkerung die auf sie entfallende Zuckermenge zu Einmachzucker zur Verfügung zu stellen? Welche Gründe veranlassen überhaupt die Reichsregierung, der württembergischen Bevölkerung die ihrer Kopfzahl entsprechende Einmachzuckermenge vorzuenthalten, wo doch nachweisbar die selbsthergestellte Marmelade um ein Mehrfaches billiger und ihre Qualität viel besser ist?

Aus dem übrigen Württemberg.
Calw, 27. April. Der Oberlokomotivführer Luz wurde zum Werkmeister auf seiner jetzigen Stelle befördert.
Stuttgart, 26. April. Von kühnlicher Seite wird mitgeteilt: Den Kampf gegen die Verschleppungen abhandlungsgelassenen Militärsguts legt das Reichsjustizministerium mit ganz besonderem Nachdruck fort. Der Verstoßung der Heeresgutgebundenen dienen die über das ganze Reich verbreiteten Erlassungsabteilungen des Reichsjustizministeriums Abteilung III. Diese sind zur zivilrechtlichen Beschuldigung u. Einziehung von in Privatbesitz vorgefundenem Militärsgut befugt. Ausdrücklich der letzten Art sind wiederholt wieder große Mengen von Heeresgut in unberechtigte Hände gelangt, das den Weg auch in die Gegenden des Reichs gefunden hat, die, wie Württemberg, von Unruhen verschont geblieben sind. Jeder muß seinen unrechtmäßig erworbenen Heeresgut wieder der Allgemeinheit zuführen. Anzeigen sind zu richten an die Erlassungsabteilung Württemberg des Reichsjustizministeriums, Abteilung III in Stuttgart, Königshof. Namen der Angezeigten werden geheim gehalten. Die vorgeschriebene Belohnung erhält, wer zur Wiedererfassung von Heeresgut beiträgt.
Stuttgart, 27. April. Wie bekannt, wird in nächster Zeit der Preis für Bier ab Brauerei für das Heholster auf 110 M. erhöht. Der Ausschankpreis in Stuttgart beträgt dann für 0,30 bis 0,35 Lit. 70 J. Dazu kommt noch in manchen Lokalen ein kleiner Zuschlag. Auf diese Weise wird sich der größte Teil der Bevölkerung bald herein lagern müssen. Bier nur bei außerordentlichen Gelegenheiten zu genießen.
Stuttgart, 27. April. Am Dienstag mittig wurde in der Galvestraße ein 74-jähriger Straßengänger von der Straßenbahn angefahren und so schwer verletzt, daß er sofort starb.
Mürtingen, 27. April. In Unterhohingen ist durch Hubschrauber Gift ausgestreut worden, an dem eine größere Anzahl Vögel zu Grunde gegangen ist.
Wellendingen O.B. Kottwei, 28. April. Die Grippe greift hier in unheimlicher Weise um sich; ganze Familien liegen krank darnieder. Am letzten Sonntag sind drei Personen nach kurzer Krankheit gestorben. Es sind 95 Personen infolge der Grippe bettlägerig.

Der Triumph des Lebens.

Roman von Lola Stein.

(Nachdruck verboten.)
Als sie erwachte, stand Nischen vor ihrem Bett, bekränzte sie mit Fragen, was ihr leide, warum sie so lange geschlafen, ob sie krank sei?

Sie konnte sich gar nicht besinnen. hatten so schreckliche Träume sie gequält? War es Wirklichkeit, was sie erlebte?

Sie schickte das plaudernde Kind aus dem Zimmer, dachte nach, begann sich. Ja, alles, alles war Wirklichkeit. Graufige, unverständliche, furchterliche Wahrheit.

Irene leidete sich an. Sie tat es wie im Traum. Und dachte dabei immer: Was soll ich nun sagen? Was tun? Wie fange ich es an, hier aus dem Saute zu kommen?

Die Tante kam zu ihr, besorgt und fragend, was Irene leide. Sie entschuldigte sich mit heftigen Kopfschmerzen, mit einer schlecht verdrachten Nacht. Ob man nicht Walter telephonieren wolle, fragte Frau Volkmer. Nein, nein, noch nicht.

Irene wollte den Bruder nicht wiedersehen, bis sie einen festen Entschluß gefaßt, bis sie das Volkmerische Haus verlassen. Sie wünschte Walter ein nochmaliges Betreten dieser Räume, in denen das Verbrechen geschehen war, zu ersparen.

Die Tante merkte Irenes müdem, gequältem Wesen an, daß sie lieber allein wäre. Da ging sie, innerlich unruhig, denn sie fühlte, irgend etwas stimmte hier nicht. Heiter und frisch war Irene, als sie sie gestern nachmittag zuletzt gesehen, bleich, erschöpft, gebrochen, so fand sie sie wieder.

Irene sah still mit verärgerten Händen, als sie allein war, und zergrübelte ihr Hirn nach einem Ausweg, um fortzukommen. Was sollte sie der gültigen alten Dame, die stets mütterlich zärtlich zu ihr gewesen, sagen? Ach, sie hatte ihr Mutter werden sollen, in Gedanken hatte Irene ihr oft liebend diesen Namen gegeben. Und nun?

Abstamm O.A. Heilbronn, 27. April. Kürzlich nahm sich die 55 Jahre alte Witwe Marie Carle auf schreckliche Weise das Leben. Nach den gemachten Feststellungen muß die Frau Spiritus in größerer Menge getrunken und im Munde angezündet haben, wobei sie sich noch einen mit derselben Flüssigkeit getränkten Lappen über den Kopf warf. Als die Räumlichkeit, in der sie die Tat verübte, geöffnet wurde, schlug eine starke Flamme von der schon zur Leiche gewordenen Bebauungswerten empor. Daraus dürften die äußeren spärlichen Brandwunden hergerührt haben. Der Tod ist aber ohne Zweifel durch die innerliche Verbrennung herbeigeführt worden. Die Leiche, die in auskömmlichen Verhältnissen lebte, soll an Schwermutsanfällen gelitten haben.

Saildorf, 27. April. Wie bei der Generalversammlung des Fiskusvereins mitgeteilt wurde, nehmen die Rechte hier übermäßig zu. Im oberen Kocher wurden in den letzten Tagen über 30 Fische im Gewicht von 1—10 Pfd. gefangen.

Mergentheim, 27. April. Am 25. und 26. April fanden in Bieringen u. Mergentheim sehr stark besuchte Bauernversammlungen für die Oberämter Rünzelsau und Mergentheim statt, in denen die Sekretäre Reuter-Scuttgart und Martin-Jagfeld über staats- und wirtschaftspolitische Forderungen der Landwirte sprachen. Die Tagungen, die vom Schwäb. Bauernverein veranstaltet wurden, waren auch von Mitglieder anderer Bauernorganisationen besucht. In einstimmig angenommenen Entschlüssen wurde die Bildung besonderer politischer Bauernparteien abgelehnt und bezüglich der Zwangswirtschaft ein abschließender Abbau verlangt.

Kalen, 26. April. Der Schuhmacher Markus Bäuerle in der Pulvermühle bei Abtsgmünd, gibt in der Kolener Volkszeitung seiner Rundschau kund und zu wissen, daß er nur noch gegen Umtausch von Lebensmitteln und dergl. auf die Erde gebe.

Kalen, 26. April. In der Sandgrube von Kofforo und Metz wurde ein schöner geologischer Fund gemacht. Arbeiter stießen auf den Stoßhau eines Rammus. Unter Mithilfe eines Präparators des Stuttgarter Naturhistorischen Museums wurde er dann bloßgelegt und geborgen. Der 1,60 Meter lange Stoßhau war etwas brüchig, sonst aber tadellos und ziemlich vollständig erhalten und stellt den schönsten Fund dar, der bisher in dem Gebiet der Galdsböcker Sande gemacht wurde. Es ist vielleicht für die Wissenschaft von besonderer Bedeutung, weil er geeignet sein dürfte, die teilweise noch unklare geologische Stellung dieser jungtertiären Sandgebilde aufzuklären. Der Fund ging an das Naturhistorische Museum Stuttgart, um dort präpariert und aufgestellt zu werden.

Legte Nachrichten.

Auch die Bankbeamten.
Berlin, 29. April. Der „Berl. Volksw.“ meldet aus Köln: Gestern nachmittag kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den streikenden und den arbeitswilligen Bankbeamten. Die Polizei mußte mit blanker Waffe eingreifen.

Ein bestialischer Mord geklärt.
Berlin, 29. April. Das außerordentliche Kriegsgericht in Bielefeld hat in der vorgeschriebenen Befragung durch 3 Zivilrichter am 17. April den Eisenhändler Christian Ropp aus Duisburg wegen Mordverrichts und schwerer Diebstahls zum Tode verurteilt. Ropp hat nach eigenem Geständnis am 23. März d. J. im Doppelschloßen bei Bielefeld den dort im Keller mit anderen Gefangenen eingesperrten Leutnant Weber von der Reichswehrbrigade eigenmächtig herangezogen und zusammen mit anderen Leuten im Hof niedergeschossen. Der Täter ließ dann den durch Bauchschuß schwer verwundenen Offizier liegen, damit er noch länger die Schmerzen ausstehen sollte. Später hat dann ein Kompanieführer der Roten Armee dem bedauernswerten Offizier mit einem Messer die Kehle durchgeschnitten. Ropp habe darauf die Leiche beraubt. Bei dem Verlaufe, die Uhr des Ermordeten zu verkaufen, wurde er einige Tage später verhaftet. Der Reichspräsident hat in diesem Falle abgelehnt, von seinem Begnadigungsrechte Gebrauch zu machen.

Besserung der Lage im Ruhrgebiet.
Berlin, 29. April. Nach einer Meldung des Berl. Volkswirtschaftsblattes hat im Ruhrgebiet nachdem ruhige Verhältnisse wieder eingetreten sind, die Kohlenförderung und das Verahren von Heberfächern wieder merklich zugenommen. In den letzten Tagen betrug die tägliche Förderung annähernd 300 000 Tonnen.

Die Hölz-Gardisten.
Berlin, 29. April. Wie dem Berl. Volkswirtschaftsblatt aus Dresden berichtet, sind in das Dresdner Untersuchungsgefängnis bisher 250 Hölz-Gardisten eingeliefert worden. Der Prozeß gegen diese soll in Dresden verhandelt werden.

Die Zahl der feindlichen Besatzungstruppen.
Amsterdam, 29. April. Laut Telegramm teilte Winston Churchill im engl. Unterhause mit, die Zahl der alliierten Besatzungstruppen am Rhein betragen 145 000 Mann, davon 95 000 Franzosen 20 000 Belgier 7 000 Amerikaner und 14 000 Engländer.

Die Bestialität der bolschewistischen Truppen im Ruhrgebiet.
Aus Essen wird uns geschrieben:
Ein junger Student, der kurz vor Einzug der roten Truppen von der Hochschule in die Ferien nach Hause kam, hatte sich als Zeitschwärmer zur Verfügung gestellt und wurde mit verschiedenen andern Kameraden auf den Posten am Pferdemarkt beordert. Bei der Ueberwältigung des Postens kam unter anderem auch dieser junge Student ums Leben, und seine Leiche wurde ins Rathaus geschafft. Dort erschienen am anderen Morgen der Vater und der Bruder, um die Leiche zu holen. Dabeistehende Bolschewisten erklärten aber jählich, daß die Leichen nach Bochum oder Gelsenkirchen als Trophäen gebracht werden sollten. Sie ließen sich aber schließlich auf Verhandeln ein, und die beiden durften nach Zahlung einer größeren Geldsumme die vollständig ausgeraubte Leiche ihres Angehörigen mit nach Hause nehmen.

Die verlorene Nordmark.
Kopenhagen, 29. April. In der gestrigen Sitzung des norddänischen Ausschusses des Reichstags teilte der Ministerpräsident mit, daß die dänische Besetzung der ersten Zone am 5. Mai beginnen werde. Ferner machte er die Mitteilung, daß der dänischen Gesandtschaft in Paris zwei Sachverständige als Ratgeber für die norddänische Frage beigegeben worden seien. Ferner wurde der Botschafter im Justizministerium der Nationalkommission in Flensburg als Vertreter der dänischen Regierung zugeteilt.

Zum Attentat auf Erzberger.
Leipzig, 27. April. Das Reichsgericht hat die Revision des ehemaligen Führers v. Hirschfeld verworfen, der vom Schwurgericht des Berliner Landgerichts I wegen schwerer Körperverletzung Erzbergers mit 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

Studentenkravalle in Wien.
Wien, 28. April. Im Verlaufe einer Auseinandersetzung, die vorgestern in einer Studentenversammlung vor dem Rathaus begonnen hatte, entzweiten gestern früh deutsch-nationale Hochschüler alle jüdischen und sozialistischen Studenten aus der Unioersität. Es kam hierbei zu Tätlichkeiten und zum Einschreiten der Polizei, welche Studenten beider Parteien verhaftete. Am mittigen gegen 1000 deutsch-nationale Studenten die Univeritätsrampe besetzt hielten, erschien ein kommunistischer Führer. Wie die Blätter berichten, verlangte er von dem Chef der Staatspolizei unter Drohung mit dem Eingreifen der Kommunisten die Entlassung der sozialistischen Studenten und die Räumung der Univeritätsrampe. Schließlich veranlaßte die Polizei die deutsch-nationalen Studenten, abzugeben. Das Univeritätsgebäude wurde geschlossen.

Fortdauer des Eisenbahnstreiks in Frankreich.
Paris, 29. April. Die Eisenbahnarbeiter haben beschlossen, den Streik fortzusetzen, bis sämtliche Forderungen durchgesetzt sind.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Die Schließung von Schulen.
Die Schließung von Schulen in der Provinz ist auf den 1. Mai festgesetzt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Nagold.

Betz.: Vergütungen für Kriegseinstellungen.

Gemäß § 21 Kriegsgl.-Ges. werden die nachbezeichneten Gemeinden aufgefordert, ihre Anmerkungen über Vergütungen für Kriegseinstellungen an die Oberamtsstelle zur Einlösung einzusenden.

Der Einschluss hört mit dem letzten Tag des Monats April 1920 auf.

Altensteig-Stadt: Rat. Quartier, Stallung u. Verpflegung im Febr. 1918 7 M 79 J + 68 J Zinsen
Rat. Quartier und Verpflegung im April 1918 19 M 73 J + 1 M 58 J Zinsen
im Mai 1918 4 M 40 J + 34 J Zinsen
im Juli 1918 20 J + 01 J Zinsen
im August 1918 40 J + 02 J Zinsen
im Oktober 1918 4 M 59 J + 28 J Zinsen

Stallung im Nov. 1918 369 M 08 J
Fahrtage im Nov. 1918 53 M 70 J
Stallung im Nov. 1918 29 M 49 J + 25 M 63 J Zinsen

Verneck: Rat. Quartier und Stallung im November 1918 5 M 70 J + 32 J Zinsen.

Ebershardt: Rat. Quartier und Stallung im November 1918 33 M 57 J + 1 M 90 J Zinsen.

Effringen: Rat. Quartier und Stallung im November 1918 14 M 64 J + 83 J Zinsen.

Egenhausen: Rat. Quartier und Stallung im November 1918 298 M 50 J + 16 M 92 J Zinsen.

Halterbach: Rat. Verpf. im Febr. 1918 2 M + 17 J Zinsen
Rat. Quartier und Stallung im Nov. 1918 1117 M 99 J + 63 35 J Zinsen
im Dez. 1918 190 M 76 J + 10 M 17 J Zinsen

Helshausen: Rat. Quartier und Stallung im Novbr. 1918 114 M 18 J + 6 M 47 J Zinsen

Halsbach: Rat. Quartier und Stallung im Dez. 1918 23 M 21 J im Dez. 1918 17 M 06 J + 2 M 15 J Zinsen.

Obertalheim: Rat. Quartier und Verpflegung im Dez. 1918 1 M 92 J + 10 J Zinsen.

Pfeondorf: Rat. Quartier, Stallung und Verpflegung im November 1918 1057 M 20 J + 59 M 91 J Zinsen.

Rohrbach: Rat. Quartier und Stallung im November 1918 30 M 16 J + 1 M 71 J Zinsen.

Schietingen: Rat. Quartier und Stallung im November 1918 257 M 92 J + 14 M 62 J Zinsen

Simmertshausen: Rat. Verpf. im Febr. 1918 1 M + 09 J Zinsen.

Spiegelberg: Rat. Quart. u. Stallung im Nov. 1918 243 M 02 J
Fahrtage im Novbr. 1918 225 M
Rat. Quartier und Stallung im Nov. 1918 11 M 56 J + 27 M 18 J Zinsen.

Wildberg: Rat. Verpflegung im Febr. 1918 2 M + 17 J Zinsen
Rat. Quartier und Stallung im Nov. 1918 328 M 02 J
Stallg. u. Verpf. im Nov. 1918 8 M 91 J + 19 M 09 J Zinsen
und Stallung im Dez. 1918 188 M 14 J + 10 M 03 J Zinsen.

1971 Den 27. April 1920. Münz.

Offenhaltung der Sammlungen des Landesgewerdmuseums und der Bibliothek.

Näheres siehe Gewerbeblatt Nr. 17. 1973
Nagold, den 28. April 1920. Oberamt: Münz.

Maul- und Klauenfäule.

In den Gemeinden Gältsfeld und Altlingen Oberamt Herrenberg ist die Maul- und Klauenfäule ausgedreht.

In den 10 Km. Umkreis fällt die Gemeinde Sulz von Gältsfeld aus. 1976
Nagold, den 28. April 1920. Oberamt: Münz.

Schafwäshe in Sulz.

Die Benutzung der Schafwäshe in Sulz wird aus gesundheitlichen Gründen verboten. 1978
Nagold, den 28. April 1920. Oberamt: Münz.

Eierablieferung.

Bis zu der am 2. Mai ds. Js. anhebenden Wirtschaftswocher müssen von jeder ablieferungs-pflichtigen Henne weitere 15 also insgesamt 23 Eier und von jeder ablieferungs-pflichtigen Gans weitere 7, also insgesamt 13 Eier abgeliefert sein.

Bei Nichterfüllung des Ablieferungs-pflichts erfolgt neben Inzidentstrafe für Monat Strafzahlung.

Die Ursachenermittlungen werden angestrebt, in der 1. Maiwoche pünktlich eine Aufstellung über die sämtlichen Geflügelhalter dem Oberamt vorzulegen. 1974
Nagold, den 28. April 1920. Oberamt: Münz.

Verleihung des Feuerwehredienstkreuzzeichens.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Anträge bis spätestens 10. Mai ds. Js. eingereicht werden müssen. Die Vorgesetzten müssen noch aktives Mitglied der Feuerwehr sein; falls sie auswärts geboren sind, ist ein Bescheinigungsnachweis dem Antrag beizulegen. 1974
Nagold, den 28. April 1920. Oberamt: Münz.

Sungviehweide Unterschwandorf.

Wir suchen einen
Zuchtfarren
für unsere Weide, 15-18 Monate alt, mindestens II. Klasse. 1969
Angebote an
Oberamtstierarzt Dr. Wegger, Nagold.



Biehmarktverbot.

Die Abhaltung von Viehmärkten im Oberamtsbezirk Freudenstadt sowie der Antrieb von Kleinvieh auf Jahr- und Wochenmärkte ist mit Rücksicht auf die im Bezirk herrschende Maul- und Klauenfäule bis auf weiteres verboten worden.
Freudenstadt, den 27. April 1920.

1980

Oberamt.

Dr. Stähle

wohnt jetzt Haiterbacherstr. 453.

Sprechstunden 1928

Werktags 11-12 Uhr vormittags.

Effringen.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Samstag den 1. Mai 1920

in das Gasthaus zum „Pfing“ freundlichst einzuladen. 1962

Jakob Huißel & Pauline Krendler

Sohn des Jakob Huißel Tochter des Gg. Krendler
Bahnarbeiter, Effringen. Bauer, Effringen.

Kirchgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Verloren

ging am Dienstag abend auf der Straße zwischen Nagold (Bahnhof) und Altensteig

schwarze Ledertasche.

Abzugeben gegen Belohnung bei Herrn Hermann Paß, Bahnhofsrestauration in Nagold.

Nagold, 1970

Feinste Marmelade

mit Zucker gesüßt per Pfund M 3.20 empfehlen

Berg & Schmid.

Gottlieb Hirth
Wagnermeister hier

vermietet Scheuer

im Ganzen oder auch in einzelnen Teilen. Viehhäber wollen sich an ihn selbst wenden. 1935

1965, Wildberg.
Ein kräftiger

Junge

im Alter von 14-15 Jahren kann sofort eintreten bei

Wilh. Rothfuß
Hierdepot d. Schwarzwalddhs.

Wildberg, 1963
2 gut gehaltene

**Fahr-
räder
mit Gummi**

verkauft am Samstag mittag (1. Mai)

Emil Welker h. d. Schwane.

Ehhausen, 1981

Verkaufe
Samstag
1. Mai mittags
2 Uhr ein

Einstellrind

Jakob Helber.

1979 Nagold.
Speisewiebel,
kg M 3 -
bei
Gustav Heller.

Eine neue
Heilmethode
zu Hause!

Größte Erfolge bei Gicht, Rheumatismus, Schias, Lähmungen, Schwächen, allen Nervenkrankheiten pp. erreichen Sie mit dem

**Wohlmuth-
Apparat**

(Marke „Geweco“)
Verlangen Sie schriftlich überarbeitete, Druckschri-ten kostenlos.

G. Wohlmuth & Co.
Konstanz
Krenzgängerstraße 47 a
Alleinvertreter:
Theo Glauer
Freudenstadt: 70

Bettmässen,

Beitrag ganz sofort. Alter und Geschlechts-Angabe.

Schwerhörigkeit,

gef. gefsch. Methode. Unsicht-bar bequem zu tragen.

Flechtenleiden,

Dauerbeseitigung. Glänzende Anerkennungen.

Graue Haare,

Erreichung der Naturfarbe. Wunderbare Erfolge. Versand aller hyg. kosm. pharm. Präp. u. Neuheiten. Kaufkraft erteilt kostenlos mit Angabe des Wunsch.

Wohlfahrt Versand,
München, 12 n
Hiltensbergerstr. 6.

Lehrverträge
bei G. W. Jaiser, Nagold.

Frauenarbeitschule Nagold.

Der neue Kurs

beginnt Montag, den 3. Mai.

Anmeldungen hierzu werden entgegengenommen
1) von den beiden Lehrerinnen (vom 1. Mai an):
für Hand- und Maschinennähen mit Nebenfächern —
Fräulein Klara Mayer,
für Kleidernähen mit Nebenfächern — Fräulein Maria
Draug; 1880
2) von der G. W. Jaiser'schen Buchhandlung.
Nagold, den 22. April 1920. Bodamer.

Säcke

aus Jute, Papierge-
webe, Mischgewebe
und Kraftpapier

in großen Mengen zu billigen Preisen
stets greifbar.

A. Hannewald

Säckefabrik

362 Stuttgart

Fernsprecher 7145 und 7146.

Fussboden-Riemen,
Brüstungstafel-Bretter und sonstige Hobelware

liefern wieder fortschreitend. Gutes Passen. Neue Maschinen.

Graf & Kohler, Säge- u. Hobelwerk,
Dornstetten. Telefon Nr. 1.

1968 Nagold.
Wir empfehlen geeigneter
Abnahme:

fst. Salatöl,

verkehrsfrei.

fst. Weinessig,

reiner Würzungsstoff.

fst. Speiseessig,

einfach und doppelt

Berg & Schmid.

Nagold, 1965

**Most-
substanzen**

mit und ohne Süßstoff
empfiehlt

Wilh. Harr. Küferm.

1972 Wildberg.

Zwiebel

sind eingetroffen bei

G. Eberhardt.

Etwas Gutes
für Haare u. Haarboden ist echtes
Brennnessel-Haarwasser
mit den 6 Brennesseln.
Nur zu haben bei: 44 h
L. Bökke Wwe., Fris. 1941

Strohhutlacke

in allen Farben sowie

Strobin

zum Waschen der Hüte
empfiehlt

+ Löwen-Drogerie +
Gebr. Benz, Nagold +
1912 Bahnhofstr.

Bestellungen auf 1911
Eichenjourniere

In Speckware,
ferner

Eichenjourniere für innen

nimmt entgegen
Eugen Nuding, Nagold.

Schubrunn.
Ein guterhaltener

**Berner-
Wägele**

verkauft am Samstag den
1. Mai 1920

1964 Gottlob Herr.

Sitz 6 ehm beschlagener
Bauholz

hat zu verkaufen.
Wer? fragt die Beschäftig-
stelle ds. B. 1941